**Ausschuß für Wissenschaft
und Forschung**

Protokoll

35. Sitzung (nicht öffentlich)

21. Oktober 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.50 Uhr

Vorsitzende: Abgeordneter Schultz-Tornau (F.D.P.)
Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) (stellv.)

Stenograf: Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994
(Haushaltsgesetz 1994)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5900
Vorlagen 11/2393 und 11/2439

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

2

Der Ausschuß legt in der Beratung den Schwerpunkt auf die Bereiche BAföG, Wohnheimbau und auf die Differenzen zwischen Land und Bund bezüglich der Mitfinanzierung des Bundes von Maßnahmen nach dem Hochschulbauförderungsgesetz.

2 Rechtsradikalismus an nordrhein-westfälischen Hochschulen

7

Einstimmig beschließt der Ausschuß hierzu eine Resolution.

3 Ergebnis und Umsetzung des Gutachtens der Unternehmensberatungsgesellschaft Mummert + Partner zur aufgabenkritischen Untersuchung von Hochschulverwaltungen in Nordrhein-Westfalen

Drucksache 11/5759 (Neudruck)

10

Der Ausschuß verzichtet auf eine Aussprache.

4 Gesetz zur Änderung des Lehrerausbildungsgesetzes (LABG)Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5782 (Neudruck)

10

- zur Mitberatung -

Der Ausschuß verzichtet auf ein Votum an den federführenden Ausschuß für Schule und Weiterbildung.

5 Neues Anforderungsprofil für das Abitur - Verzahnung von Hochschule und SchuleAntrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/5150

- zur Mitberatung -

13

Der Ausschuß erwartet vom federführenden Ausschuß für Schule und Weiterbildung zunächst eine für die eigene Beratung richtunggebende Stellungnahme.

6 Organisationsstrukturen des allgemeinen Hochschulsports in NRW 14

MDgt Dr. Hochmuth (MWF) berichtet hierzu und sagt nach kurzer Diskussion einen weiteren schriftlichen Bericht zu der Frage zu, inwieweit die zweckgebundenen Mittel aus dem Etat des Kultusministers für den obengenannten Bereich verwendet werden.

7 Weiterentwicklung und Ausbau der Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen 16

Nach kurzer Diskussion erwartet der Ausschuß einen Bericht über die Auswirkungen des aus der Sicht Nordrhein-Westfalens unzureichenden finanziellen Anteils des Bundes beim Hochschulbauförderungsgesetz auf die Weiterentwicklung der Fachhochschulen.

8 Modellversuche im Hochschulbereich

hier: Unterrichtung des Landtags über Entwürfe für Vereinbarungen nach Artikel 91 b des Grundgesetzes gemäß § 10 Abs. 4 der Landeshaushaltsordnung

Vorlage 11/2445 18

Der Ausschuß nimmt die Vorlage nach kontroverser Diskussion über einen Modellversuch zu geschlechtsspezifischen Aspekten in Lehre und Studium zur Kenntnis.

9 Chorleiterausbildung an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen

Vor Aufnahme der Beratung zu diesem Thema, erwartet der Ausschuß von der Landesregierung einen schriftlichen Bericht.

Ausschuß für Wissenschaft
und Forschung
35. Sitzung

21.10.1993
es-hu

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994 (Haushaltsgesetz 1994)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5900
Vorlagen 11/2393 und 11/2439

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Zu Beginn einigt sich der **Ausschuß** darauf, den Haushaltsplan 1994 kapitelweise zu behandeln. Des weiteren einigt er sich darauf, für die Abstimmungssitzung am 25. November 1993 die Änderungsanträge schriftlich bis zum 19. November 1993 unter den Fraktionen auszutauschen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Vesper möchte zu Kapitel 06 020 wissen, warum in Titelgruppe 62 die Ausgaben für die Bafög-Mittel so drastisch, nämlich um 56 Millionen DM gesenkt worden seien. Zwar habe in der Septembersitzung Frau Ministerin Brunn dies mit dem Rückgang der Studienanfängerzahlen begründet, jedoch stünde dem ein Anstieg der Studierenden insgesamt um 10 817 gegenüber.

LMR Kohlhasse (MWF) erläutert, die Kürzung beruhe auf den Verlauf der vom Land anzustellenden Einschätzung der Studienanfänger bzw. der Bafög-Berechtigten insgesamt. Die Zahl ergebe sich aus den Bedarfssätzen und den Freibeträgen, die fortentwickelt würden. Hinzu komme eine Rückkopplung der Ausgaben der letzten Jahre. Dabei habe sich eine Stabilisierung in der Größenordnung zwischen 650 Millionen und 700 Millionen DM insgesamt ergeben. Diese Zahl sei nun erreicht. Abschließende Daten lägen dem Ministerium erst im November vor. Insgesamt sei nicht zu knapp gerechnet worden, so daß nicht die Gefahr von überplanmäßigen Ausgaben bestehe.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Vesper möchte des weiteren zum Wohnheimbau - das Bund-Länder-Programm sei ausgelaufen - wissen, ob der Finanzanteil des Landes weiterhin für Zwecke des Wohnheimbaus verwendet, die Mittel eventuell aufgestockt bzw. welche Initiativen das Land zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum für Studierende ergreifen würde.

Darauf antwortet LMR Kohlhase (MWF), daß die Länder mit Blick auf das Auslaufen dieses Programms bereits bei der letzten Kultusministerkonferenz ein Länderpapier zur Frage der Entwicklung des studentischen Wohnheimbaus beschlossen hätten. Dazu gebe es verbindliche Äußerungen seitens des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft (BMBW), das der Finanzpartner für den Abschluß einer weiteren Vereinbarung wäre, daß der Bund nicht bereit sei, eine weitere Vereinbarung nach Artikel 104 a zu treffen, sondern lediglich eine Sonderfinanzierung im Wohnheimbau zwecks Reparaturmaßnahmen in den neuen Ländern in Höhe von 250 Millionen DM vornehme.

Darüber hinaus sei aufgrund der gestiegenen Baupreise das gegenwärtig laufende Programm gekürzt worden, da für einen Bettenplatz nicht mehr 50 000 DM, sondern teilweise über 60 000 DM kalkuliert werden müsse. Das Land werde den Bundesanteil auch nicht voll ersetzen können. Das werde zur Folge haben, daß dieser Kapitalanteil von den Studentenwerken auf dem Markt finanziert werden müsse, was dann in eine preisgerechte Miete einzurechnen sei. Das dürfte dann das schwierigste Problem für das MWF für das nächste Jahr sein. Die Landesregierung werde diese Frage mit anderen Ländern noch einmal aufgreifen und auf dem Bildungsgipfel vorbringen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Vesper kündigt nach dieser Antwort, die er mit "leider nein!" zusammenfaßt, einen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an, die Mittel in der bisherigen Höhe für den Wohnheimbau zu verwenden, und bittet die SPD-Fraktion, ebenfalls darüber nachzudenken.

Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU) erklärt für seine Fraktion, daß man keine weiteren Detailfragen habe. Es gehe nur noch um die große Linie, und die wolle man im Plenum darstellen.

Abgeordneter Apostel (SPD) ist gleicher Auffassung und will die Themen "Hochschulbaufinanzierung" und "Forschungsförderung" im Plenum behandeln.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Vesper sieht seinen Informationsbedarf noch nicht gedeckt und stellt angesichts des Studierendenzuwachses an den Gesamthochschulen die Frage, warum für diesen Bereich an den Baumaßnahmen um 11,3 % gespart werde. Des weiteren möchte er wissen, was es bedeute, wenn die Mittel nach

Ausschuß für Wissenschaft
und Forschung
35. Sitzung

21.10.1993
es-hu

dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG) seitens des Bundes nur 1,68 Milliarden DM betragen.

StS Dr. Konow (MWF) nimmt zunächst zur letzten Frage Stellung: Der 23. Rahmenplan sei am Montag im Planungsausschuß gegen die Stimmen von Nordrhein-Westfalen, Bremen, Hessen und Rheinland verabschiedet worden. Der Wissenschaftsrat habe für den 23. Rahmenplan eine Bundesmitfinanzierung von 2,3 Milliarden DM als wissenschaftspolitisch notwendig erachtet. Die Ministerpräsidentenkonferenz habe sich in realistischer Einschätzung der Staatsfinanzen auf 2 Milliarden DM festgelegt. Diesen Anteil von 2 Milliarden DM seitens des BMBW habe der Bundesrat in seinem sogenannten ersten Durchgang zum Bundeshaushalt 1994 beschlossen. Die Landesregierung sei der Auffassung gewesen, daß dieser Beschluß in allen Gremien durchgehalten werden müßte, um sich gegenüber dem BMBW durchsetzen zu können. Da der Bund relativ ultimativ erklärt habe, ohne Rahmenplan gebe es keine Unbedenklichkeitsbescheinigung für die letzten sechs Wochen dieses Jahres, hätte der Bund die kleineren Länder - von den neuen Ländern einmal ganz abgesehen - auf seine Seite gebracht.

Politisch gesehen habe ein solcher Beschluß der Bundesregierung, nur 1,68 Milliarden DM für HBFG-Mittel vorzusehen, eine selbständige Wirkung, die ihren Eindruck auf das Parlament nicht verfehlen werde. Insofern mache er sich hinsichtlich einer Änderung auf dem Bildungsforum am 11. November 1993 keine allzu großen Hoffnungen.

Die Konsequenzen für das Land bedeuteten bezüglich der neuen Maßnahmen nach dem HBFG statt wie geplant 120 Millionen nur noch 40 Millionen DM und hinsichtlich der Großgeräte stünden statt 140 nur noch 91 Millionen DM zur Verfügung.

MDgt Dr. Fleischer (MWF) geht auf die erste Frage des stellvertretenden Vorsitzenden ein und erläutert, daß hinsichtlich der Bauinvestitionen keine Schlüsse auf nur einen Haushalt bezogen abgeleitet werden dürften. Man müsse diese in einem größeren Zeitrahmen betrachten. Jedenfalls würden die Gesamthochschulen nicht anders als alle anderen Hochschulen behandelt.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Vesper möchte wissen, ob es Ministerin Brunn mit ihrem Brief an die nordrhein-westfälischen Bundestagsabgeordneten gelungen sei, in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einige Abgeordnete umzustimmen.

Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU) meint, seine Meinung zu der Problematik sei hinlänglich bekannt; dem habe er im Grunde genommen nichts hinzuzufügen. Anders als der Staatssekretär hoffe er jedoch, daß es noch zu einer Erhöhung auf mindestens 2 Milliarden DM kommen werde. Seine Fraktion habe dazu das getan, was notwendig sei.

Schließlich kritisiert er das Verhalten von Ministerin Brunn, die im letzten Dreivierteljahr mehrfach den von der Bundesregierung geplanten Bildungsgipfel desavouiert habe. Insofern dürfe man sich nicht wundern, wenn sich die Fronten verhärteten. Er bitte daher alle, im Sinne einer konstruktiven Wissenschaftspolitik von diesem Schwarzen-Peter-Spiel abzugehen, wenn man sowohl im Bundes- als auch im Landeshaushalt der Wissenschaft Priorität einräumen wolle.

Abgeordneter Dr. Lorenz (CDU) ergänzt bezüglich des Briefes der Ministerin Brunn an den Delegierten des Bundesparteitags der CDU, daß dieser in Form und Inhalt nicht geeignet gewesen sei, Freunde in der CDU dafür zu gewinnen, das berechtigte Interesse des Landes Nordrhein-Westfalens zu unterstützen.

StS Dr. Konow (MWF) geht auf die Kritik des Abgeordneter Dr. Posdorf gegenüber der Ministerin ein: Zur Haltung der Landesregierung zum Bildungsgipfel erklärt er, das Land habe mit allem Ernst versucht, diese Veranstaltung nach besten Kräften zu fördern. Er selbst habe einen wesentlichen Teil seiner Arbeit als Vorsitzender der Bund-Länder-Arbeitsgruppe aufgewandt.

Bis Mai sei die Veranstaltung völlig korrekt vorbereitet worden. In der KMK und der MPK habe man sich bemüht, diese Veranstaltung so ordentlich wie möglich vorzubereiten und stattfinden zu lassen. Einen Meinungsumschwung habe es nach seinem Dafürhalten dann durch die Veranstaltung im Juni diesen Jahres in Berlin gegeben, bei der sich der Bundeskanzler mit fünf Ministerpräsidenten - der nordrhein-westfälische sei nicht dabeigewesen - getroffen habe, um die Vorbereitung für das bildungspolitische Spitzengespräch zu evaluieren. Bei der Veranstaltung in Berlin sei dann das Thema "Wirtschaftsstandort Deutschland" auf die Tagesordnung gekommen, wobei die Verantwortlichkeit des Bildungswesens für den miserablen Zustand dieses Wirtschaftsstandortes festgehalten worden sei. Diese Auffassung könne er nicht nachvollziehen. Im Zuge dieser Evaluierung ist dann das Bildungsforum dazwischengeschaltet worden. Auf ihm solle dann auf der Basis der Rexrodt-Papiere wie auch des Arbeitsgruppenpapiere über die Beziehung zwischen Wirtschaftsstandort und Bildungswesen gesprochen werden. So weit sei alles in Ordnung.

Jedoch sei lange Zeit völlig offengelassen worden, wann der Bildungsgipfel stattfinden solle. Der Bundeskanzler habe dann verlauten lassen, daß er ihn für das Frühjahr 1994, also nach Verabschiedung des Bundeshaushalts, ins Auge gefaßt werde. Daß in dieser Situation aus der sachlichen Vorbereitung dann politische Polemik habe werden müssen, sei selbstverständlich. Darüber hinaus müsse auch gesehen werden, daß dann durch den bereits verabschiedeten Bundeshaushalt 1994 die wichtigen Themen wie HBFEG, Forschungsförderung und BAföG längst für ein Jahr wieder abgehandelt worden seien.

Daß es dann vor diesem Hintergrund in einem Übergang von der sachlichen Vorbereitung zu einer gewissen, nicht ganz unzulässigen Polemik gekommen sei, könne man an den Äußerungen von Frau Ministerin Brunn nachweisen. Aber die Landesregierung habe sich - und das sei festzuhalten - darum bemüht, den Bildungsgipfel so ordentlich wie irgendetmöglich vorzubereiten und stattfinden zu lassen. Und man sei auch jetzt noch daran interessiert.

Abgeordneter Apostel (SPD) sieht zwischen ihm und Abgeordneten Dr. Posdorf hinsichtlich der Forschungsförderung und der HBFEG-Mittel eine gemeinsame Buchung.

In diesen beiden Bereichen sitze das Land mit dem Bund praktisch in einem Boot. Und wenn der Wissenschaftsrat für das Land Nordrhein-Westfalen 500 Millionen DM Neubausumme festgestellt habe, benötige man bei der Umsetzung in praktisches Handeln für etwa 100 Millionen DM erste Bauraten. Dies sei aber über die HBFEG-Mittel seitens des Bundes nicht gesichert. Genauso sei es mit der Forschungsförderung. Beides könne nicht schweigend hingenommen werden, und das Land sei nicht in der Lage, die wegfallenden Mittel zu ersetzen. Insofern liege man bei der Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung und bei der Gemeinschaftsaufgabe Ausbau der Hochschulen mit der Bundesregierung im Crash.

Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU) will den Worten seines Vorredners nicht widersprechen, ebenso nicht dem Gehalt der Aussagen des Staatssekretärs. Allerdings müßten auf dem Weg zum Bildungsgipfel auch psychologische Aspekte berücksichtigt werden. Er habe vorhin mit seinen Äußerungen - das wolle er klipp und klar sagen - keine Schelte an irgendeine beamtenmäßige Vorbereitung eines Gipfels machen wollen. Er habe lediglich die politische Begleitmusik der verantwortlichen Politiker gemeint, was für das, was seine Fraktion in Bonn leisten könnte, nicht hilfreich gewesen sei; sie seien vielmehr kontraproduktiv gewesen. Besser wären weitere Ver-

handlungen und nicht Briefe wie im letzten Jahr - den gegenwärtigen lasse erprüfen -, der von falschen Daten gespikt gewesen sei. Im Prinzip herrsche Konsens, so daß man nicht nur an einem Strick, sondern auch in die gleiche Richtung ziehen sollte.

2 Rechtsradikalismus an nordrhein-westfälischen Hochschulen

Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU) erläutert den Entwurf seiner Fraktion zu einer Resolution. Diese stimmt im wesentlichen mit dem Beschluß - siehe Seite 9 - überein. Er spricht sich dafür aus, den Beschluß gemeinsam zu verabschieden, da man solchen Tendenzen nicht tatenlos oder sprachlos zusehen könne, wenn es da möglicherweise einen oder zwei Verirrte gebe.

Abgeordneter Apostel (SPD) ist mit dieser gemeinsamen Willenserklärung ebenfalls einverstanden.

Abgeordneter Schultz-Tornau (F.D.P.) teilt ebenfalls den Inhalt des Beschlusses.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Vesper (GRÜNE) meint zu dem im Entwurf stehenden "links- und rechtsradikalen Aktivitäten", daß nicht alles in einen Topf geworfen werden dürfe. Jahrzehntlang habe man vom Linksradikalismus gesprochen. Nun habe man ein Problem an der rechten Seite. Insofern würde er den Begriff "links" in diesem Zusammenhang weglassen oder - noch besser - von "extremistischen Aktivitäten" sprechen. - Dieser Vorschlag findet die **Zustimmung** der übrigen Fraktionen.

Abgeordneter Goldmann (CDU) meint, man sollte die Vorfälle an der Universität Duisburg nicht zu einer Riesenaktion hochstilisieren, zumal es sich nach seinen Kenntnissen nur sechs Flugblätter, die unter der Tür hindurch geschoben worden seien, gehandelt habe. Man solle sich davor hüten, eine Universität, die Angestellten und auch die dort tätigen Studenten in Mißkredit zu bringen und die Universität Duisburg sozusagen als eine neue Quelle des Rechtsradikalismus zu entdecken. Davor ist zu warnen. Diesen Eindruck sollte der Text auf keinen Fall erwecken, sonst würde